

Kosten zurückzuführen, in weit stärkerem Maße aber durch die allgemeine Preissteigerung erklärt, die einerseits eine Erhöhung der Personalbezüge erforderte, andererseits die Beschaffung der notwendigen Materialien empfindlich verteuert hat. Infolge der durch den Kriegszustand geschaffenen Verhältnisse mußten nämlich die normalen Erhaltungsarbeiten an den Bahnanlagen und Betriebsmitteln vielfach zurückgestellt werden. Selbstverständlich handelt es sich hierbei nicht um dauernde Ersparnisse, sondern nur um die Hinausschiebung von Arbeiten, die ehestens nachzuholen sind und sich dann begreiflicherweise teurer stellen werden als bei zeitgemäßer Durchführung.

Die „besonderen Ausgaben“ für die Wohlfahrts-Einrichtungen und Steuern zeigen einen erheblichen Rückgang, der gleichfalls keine dauernde Entlastung bedeutet, sondern nur in Zufallsmomenten begründet ist. Bei den Wohlfahrts-Einrichtungen steht einem erheblichen Mehrerfordernis für die Pensionsfonds, die auch für die Folge einen jährlich steigenden Aufwand gewärtigen lassen, ein noch ansehnlicheres Mindererfordernis für die Berufs-Genossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt gegenüber. Dieses Mindererfordernis ist hauptsächlich auf die Verringerung des Personalstandes infolge Einberufungen zum Militärdienst zurückzuführen. Es handelt sich also hier nur um eine vorübergehende Erscheinung. Auch die österreichische Erwerbsteuer ist beträchtlich zurückgegangen, da die Besteuerungsgrundlage, für die die Gebarungsergebnisse des jeweils vorangehenden Jahres maßgebend sind, nach dem so überaus ungünstigen Geschäftsjahr 1914 entsprechend niedrig war. Die ungarische Gesellschaftsteuer wurde, da die Vorschriften für das Berichtsjahr zur Zeit des Rechnungsabschlusses noch nicht vorlag, in der Vorjahreshöhe entrichtet.

Auch die Ergebnisse im Betrieb der Lokalen und Nachtbahnen (erstere erbrachten 108.000 Plus, letztere einen um 0.740 Millionen Mark geringeren Ausfall) haben sich günstiger gestaltet. Sehr befriedigende Ergebnisse haben die während des ganzen Jahres vollauf beschäftigten gesellschaftlichen Industrien gebracht. Auch die Hotelanlagen auf dem Semmering lieferten infolge des wesentlich größeren Zuspruches ein höheres Erträgnis.

Das Erfordernis für den Anlehensdienst ist im Sinne des neuen Uebereinkommens ermittelt und gleichwie im Vorjahr zur gesetzlichen Relation eingestellt. Die Post „Rücklässe aus der Einschränkung der Tilgung der 3proz. Obligationen“ entfällt. Im ganzen ergibt sich daher für den Rechnungsabschluß pro 1915 gegenüber dem Vorjahre eine Entlastung um rund Kr. 78 Millionen. Die als Bedeckungspost dienenden italienischen Annuitätsraten, die im Jahre 1915 unberichtigt geblieben sind, wurden gleichfalls zur gesetzlichen Relation in Rechnung gestellt.

Der „Saldo der Zinsen und diversen Abrechnungen zc.“ bildet im Berichtsjahr eine Passivpost, da den höheren Zinseneinnahmen aus der gesellschaftlichen Geldwirtschaft — neben dem Erfordernis für die konzessionsmäßigen Zinsen der noch unberichtigten Abschlagszahlungen auf den Abblungsbetrag für die ehemaligen lombardisch-venetianischen Staatseisenbahnen auch der sich aus der Gebarung des Jahres 1915 ergebende höhere Ugioaufwand und die Gesamtkosten der Sanierungsaktion als Belastungsposten gegenüberstehen.

Die eigenartigen Umstände, unter denen sich der Betrieb auch im Berichtsjahr vollzog, haben die Notwendigkeit ergeben, nach zwei Richtungen besondere Vorsorge zu treffen. Infolge des Kriegszustandes traten außerordentliche Abnützung an den Bahnanlagen und den Betriebsmitteln ein; überdies mußten — wie bereits erwähnt — das Jahr 1915 betreffende Erhaltungsarbeiten zum großen Teil unterbleiben. Hierdurch wurden an den Bahnanlagen und den Betriebsmitteln außerordentliche Wertminderungen hervorgerufen, zu deren Ausgleichung ein entsprechender Betrag unter dem Titel „Außerordentliche, durch die erhöhte Abnützung und das Unterbleiben von Erhaltungsarbeiten im Jahre 1915 hervorgerufene Wertminderung an den Bahnanlagen und Betriebsmitteln“ zurückgestellt wurde. Ferner wurde für die infolge der Kriegseignisse zu gewärtigenden, noch nicht ziffermäßig bestimmbar Verluste auch im Berichtsjahr eine Kriegsverlustreserve gebildet.

Der aus der Gebarung des Jahres 1915 sohin noch verbleibende Ertragsüberschuß von rund 0.3 Millionen Kronen wird in den durch das neue Uebereinkommen vorgeesehenen Ausgleichsfonds zu hinterlegen sein. Dilem Fonds würden auch jene Beträge der im Berichtsjahre gebildeten „Kriegsverlustreserve“ zuzuweisen sein, die sich nachträglich etwa als für die Erfüllung ihrer Zweckbestimmung entbehrlich erweisen sollten.

Der Aufwand für Investitionen, die seit Kriegsausbruch den unabweislichen Bedarf eingeschränkt wurden, belief sich im Jahre 1915 auf rund 2 Millionen Kronen. Da die nach dem Uebereinkommen zur Deckung des Investitionsbedarfes ab 1. Jänner 1915 vorgesehene 4½proz. Anleihe noch nicht begeben werden konnte, wurde der erwähnte Aufwand vorläufig aus den Kassenbeständen bestritten.

\* \* \*

In der gestrigen Verwaltungsratsitzung widmete der Präsident Freiherr v. Eger dem Verwaltungsratsmitglied Dr. Leonhard Schweigert v. Bahntreu, der am 1. April d. J. verschieden ist, sowie dem Baudirektor der Südbahn Ferdinand

Holzer, der auf einer Dienstreise einer akuten Krankheit erlag, einen warm empfundenen Nachruf.

Der Verwaltungsrat genehmigte sodann den vom Generaldirektor Sektionschef Dr. Ritter v. Weber vorgelegten Rechnungsabschluß für das Jahr 1915. Der Generaldirektor berichtete, daß für das Sanierungsübereinkommen ein Stempel von 2½ Millionen Kronen vorgeschrieben wurde. Der Verkehr entwickelte sich befriedigend, wenngleich er nicht so lebhaft wie in den ersten Monaten 1914. Dagegen sind die Betriebskosten weiter sehr namhaft gestiegen.

Zum Baudirektor wurde Zentralinspektor Guido Pfeiffer ernannt. Die übrigen Punkte der Tagesordnung bezogen sich auf Gegenstände der laufenden Geschäftsgebarung.